

Nr.	Art	Titel	Eingereicht von	Antrag Bundesrat	Rat	Status	Kommentar
<a href="#">11.418</a>	PI	Gesetzliche Anerkennung der Verantwortung der Pflege	Rudolf Joder, SVP BE	Ablehnung 23.3.2016: Der Bundesrat erachtet es als verfehlt Entwicklung, zusätzlichen Berufsgruppen Zugang zur direkten Abrechnung gegenüber der OKP zu ermöglichen.	NR	Erledigt	Pflegefachpersonen dürfen auch künftig nicht direkt mit den Krankenkassen abrechnen. Der Nationalrat hat sich gegen eine Gesetzesänderung ausgesprochen. Das Ziel stiess auf breite Zustimmung: Der Pflegeberuf sollte attraktiver werden, damit der steigende Pflegebedarf gedeckt werden kann. Die konkreten Gesetzesänderungen waren jedoch umstritten. Mit 118 zu 67 Stimmen beschloss der Rat, nicht auf die Vorlage einzutreten. Damit ist der Gesetzesentwurf vom Tisch. Zu Fall brachte ihn eine Allianz von SVP und SP. Die Gegner aus den Reihen der SVP warnten vor höheren Kosten. Jene aus den Reihen der SP störten sich daran, dass die Krankenkassen die Wahl hätten, mit welchen Pflegefachpersonen sie Verträge abschliessen. Der Verband der Pflegerinnen und Pfleger will nun eine Volksinitiative lancieren.
<a href="#">16.401</a>	PI	Verlängerung von Art. 55 a KVG ("Einschränkung der Zulassung der Tätigkeit zu Lasten der Krankenversicherung")	SGK-NR		NR	Behandelt vom Nationalrat	Der Nationalrat ist damit einverstanden, den Zulassungsstopp für Ärzte noch einmal für drei Jahre zu verlängern. Der Entscheid wurde nötig, weil es der Nationalrat im Dezember abgelehnt hat, den Ärztestopp als dauerhafte Lösung ins Gesetz zu schreiben. Die geltende Zulassungsbeschränkung läuft Mitte Jahr aus. Danach, so die Befürchtung, würde die Zahl der neu niedergelassenen Spezialärzte insbesondere aus der EU sprunghaft ansteigen. Das würde sich direkt auf die Kosten auswirken. Der Bundesrat hat nun den Auftrag, Alternativen zum Zulassungsstopp zu erarbeiten.
<a href="#">12.308</a>	KI	Eröffnung neuer Arztpraxen	Kanton Genf		NR	Erledigt	Der Nationalrat gibt der Initiative keine Folge